

Änderungsantrag DS 1360/III

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Realisierung der Fertigstellung des Mauerparks im Bezirk Mitte unter folgenden Prämissen sicherzustellen und die dafür erforderlichen planungsrechtlichen Voraussetzungen einzuleiten:

A: Fläche zwischen Bernauer- und Gleimstraße (Eigentum Vivico)

1. Die Realisierung einer größtmöglichen Parkfläche ist sicherzustellen. Als Orientierung dient dabei der Planungsentwurf von Prof. Lange.
2. Bei allen Bebauungsvorhaben ist eine Minimierung von Nutzungskonflikten sicherzustellen. Daher ist eine Wohnbebauung nicht vorzusehen. Die Ansiedlung gewerblicher bzw. kultureller oder sportlicher Nutzungen - bei Integration der bestehenden Nutzungen (Gastronomie/Mauersegler, Flohmarkt) – soll möglich sein. Dem Planungsentwurf von Prof. Lange folgend, soll die Minimierung von Nutzungskonflikten auch mit landschaftsplanerischen Maßnahmen umgesetzt werden.

Im Gestaltungsprozess ist maßgeblich darauf zu achten, dass der Park für alle Generationen Angebote bereithalten soll.

B: Fläche zwischen Gleimstraße und Bahngelände Gesundbrunnen

1. In Ergänzung der Planungen von Professor Lange und in Anlehnung an das Bebauungskonzept der Initiative „Freunde des Mauerparks“ soll ein neues städtisches Wohnquartier (WA) realisiert werden. Hierbei ist ebenfalls eine Minimierung von Nutzungskonflikten sicherzustellen. Die Bebauung muss - unter Berücksichtigung einer finanziell vertretbaren Grundstücksausnutzung - dabei ökologisch und städtebaulich verträglich gestaltet werden.
2. Die verkehrliche Erschließung des Geländes ist zu gewährleisten. Sollte dies nicht über die im Bebauungskonzept der Initiative „Freunde des Mauerparks“ vorgeschlagene Lösung realisiert werden können (Teilabriss des Gleimtunnels und Herstellung einer neuen Erschließungsstraße in nördlicher Richtung), ist eine andere geeignete Variante zu gewährleisten und die hierfür ggf. erforderlichen Abstimmungen mit dem Bezirk Pankow sind umgehend einzuleiten.

Das Bezirksamt wird darüber hinaus ersucht, den Senat aufzufordern, seine politische und finanzielle Verantwortung wahrzunehmen, die Fertigstellung zu unterstützen und die erforderlichen Flächennutzungsplanänderungsverfahren einzuleiten.